

# **Nicht nur sicher, sondern todsicher – Silvia Stöber beleuchtet auf *tagesschau.de* am Beispiel Georgiens die Absurdität der schnellen Rückführung in „sichere Drittländer“**

[Kaum eine Chance für politisch Verfolgte sieht Silvia Stöber für tschetschenischstämmige Flüchtlinge in Georgien.](#) Und doch werden sie in großer Zahl dorthin abgeschoben. Die Gesamtschutzquote liegt weit unterhalb der magischen Grenze von 5 %, die von der Bundesregierung und den Landesregierungen zum Maß aller Dinge erklärt wird.

Surab Changoschwili und seine Familie gehören der Minderheit der „Kisten“ an. Jederzeit könnte die Polizei auftauchen und sie zum Flughafen bringen. Ihnen droht die Abschiebung nach Georgien, seit das Verwaltungsgericht Potsdam ihre Asylanträge vor einigen Tagen endgültig abgelehnt hat. Und das, obwohl Surabs Bruder Selimchan am 23. August 2019 in Berlin einem Attentat zum Opfer gefallen ist. Der Vorfall hatte als [Mord im Kleinen Tiergarten](#) internationale Beachtung gefunden.

Anderthalb Jahre vor dem Mord war auch Selimchans Asylantrag als unbegründet abgelehnt worden. Er habe "ein ins Blaue behauptetes, unüberprüfbares Szenario allein zu dem Zweck, den illegalen Aufenthalt über das Asylverfahren in ein Bleiberecht zu wandeln" präsentiert. Ein ärztliches Attest wies das Gericht zurück. Die Obduktion des Getöteten bestätigte jedoch die angegebenen schweren Herzprobleme. Die Feststellung von Narben am linken Arm stand zudem in Einklang mit Angaben Changoschwilis über ein Attentat in Georgien, bei dem er 2015 schwere Schussverletzungen erlitten hatte.

Abschiebungen nach Georgien verlaufen schon heute schnell und reibungslos. Damit alles noch einfacher geht, hat der Bundestag Moldau und Georgien als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft. Die Zustimmung des Bundesrats steht noch aus. Liegt sie vor, so gilt eine sogenannte Regelvermutung, wonach keine Verfolgungsgefahr vorliegt. Abgelehnte Asylbewerber müssen Klagen gegen Bescheide dann von Georgien aus einreichen. Das Restrisiko dieser Regelvermutung besteht offensichtlich im Tod betroffener Flüchtlinge. Wollen es Bund und Länder wirklich auf sich nehmen?

Auch bei uns im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es Asylsuchende aus Georgien, die sich im Anerkennungsverfahren befinden. Für sie wird dann der Mechanismus einer vereinfachten Abschiebung gelten. Parlamente und Regierungen mögen das damit verbundene, oftmals tödliche Risiko ignorieren oder auch tragen. Wir als humanitäre Organisationen können es nicht. Unser Platz ist an der Seite der Verfolgten.

**Gibt es unter uns Ehrenamtliche, die sich in die Problematik verfolgter Georgier und Tschetschenen einarbeiten? Russische Sprachkenntnisse wären dabei nützlich. In unserem Netzwerk EFI (Ehrenamt in Flucht und Integration) werden wir uns dieser Aufgabe stellen müssen.**

Cölbe, den 10.12.2023

